

Deutschland-Lemförde: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
OJ S 185/2023 26/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Samtgemeinde "Altes Amt Lemförde"
Postanschrift: Hauptstraße 80
Ort: Lemförde
NUTS-Code: DE922 Diepholz
Postleitzahl: 49448
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle - Bauamt
E-Mail: vergabe@lemfoerde.de
Telefon: +49 5443209-50
Fax: +49 5443209-997
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.lemfoerde.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXQ6YY7DGYK/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXQ6YY7DGYK>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Baumeister Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Postanschrift: Königsstraße 51-53
Ort: Münster
NUTS-Code: DEA33 Münster, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 48143
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Theresa Radhoff
E-Mail: radhoff@baumeister.org
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.baumeister.org

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Planerausschreibung Anbau-/Neubau GS Lemförde

Referenznummer der Bekanntmachung: 10-40.30.04/1

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Samtgemeinde Lemförde beabsichtigt die Planungsleistungen für den Um- bzw. Neubau der Grundschule in Lemförde auszuschreiben. Es sollen Generalplanungsleistungen durchgeführt werden. Der Planungsauftrag soll in drei Stufen vergeben werden.

Die Planungsleistungen sollen im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung vergeben werden. Der Honorarwert dieser Leistungen überschreitet nach Schätzung der Samtgemeinde Lemförde den Schwellenwert von 215.000,00 EUR netto. Da es sich zudem um Leistungen handelt, die von Architekt*innen und/oder Ingenieur*innen erbracht werden und nicht eindeutig erschöpfend beschreibbar sind, ist das Verhandlungsverfahren gem. VgV (6. Abschnitt) durchzuführen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE922 Diepholz

Hauptort der Ausführung: Lemförde

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Generalplanungsleistung.

Dies umfasst die Objektplanung, TA-Planung, Tragwerksplanung, Bauphysik sowie die Freianlagenplanung.

Die Planungsleistungen werden stufenweise vergeben.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/03/2024 Ende: 31/07/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Siehe Anlage A.2 - Bewertungsmatrix

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eigenerklärung des Bieters, dass weder sein Unternehmen noch seine Mitarbeiter schwere Verfehlungen begangen haben, die seine Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellen und insbesondere keine rechtskräftigen Verurteilungen wegen der in § 123 Abs. 1 GWB ausgeführten Taten erfolgt ist, dass über das Vermögen seines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde (§ 124 Abs. 1 GWB), dass sein Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet und er seine Tätigkeit nicht eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 GWB), dass er seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB), dass er im vorliegenden Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben hat oder abgeben wird (§ 124 Abs. 1 GWB), dass er bei einer Berufsgenossenschaft angemeldet ist oder nicht zur Anmeldung bei einer Berufsgenossenschaft verpflichtet ist, dass er seine Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbringt.

- Eigenerklärung des Bieters, dass weder sein Unternehmen noch seine Mitarbeiter keine Person, Organisation oder Einrichtung im Sinne des Art. 5k Abs. 1 lit. a, b oder c der VO (EU) Nr. 833/2014 sind und auch die Voraussetzungen "auch solchem auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinie 2014/24/EU in Anspruch genommen werden" nicht erfüllen.

- Nachweis einer Bauvorlageberechtigung

Im Falle von Bietergemeinschaften ist für jedes Mitglied ein separates Formular 4.1/4.2 auszufüllen.

Die entsprechenden Eigenerklärungen sind in dem von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Formular 4.1 und 4.2 (der Anlage A.1 - Teilnahmeantrag) enthalten, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann. Soweit sich die Bieter/die Bietergemeinschaft auf die wirtschaftliche/finanzielle und/oder technische /berufliche Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmers beruft, ist eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass er für das vorliegend geplante Projekt zur Verfügung des Bieters

/der Bietergemeinschaft steht, beizufügen. Dazu ist das von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Formular 4.3 - Nachunternehmererklärung zu verwenden, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann. Auf § 47 VgV wird verwiesen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- eine Eigenerklärung über die Jahres-Gesamtumsätze (netto) des Bieters und die Jahresumsätze (netto) des Bieters mit vergleichbaren Dienstleistungen in den Jahren 2020, 2021 und 2022. Die entsprechende Eigenerklärung ist in dem von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Formular 6 - Anzahl qualifizierter Mitarbeiter und Jahresgesamtumsatz enthalten, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann.

Im Falle von Bietergemeinschaften ist für jedes Mitglied ein separates Formular 6 auszufüllen. Soweit sich die Bieter/die Bietergemeinschaft auf die wirtschaftliche/finanzielle und/oder technische/berufliche Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmers beruft, ist eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass er für das vorliegend geplante Projekt zur Verfügung des Bieters/der Bietergemeinschaft steht, beizufügen. Dazu ist das von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Formular 4.3 - Nachunternehmererklärung zu verwenden, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann. Auf § 47 VgV wird verwiesen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung über die Referenzen des Bieters:

Abzugeben sind: Name/Anschrift des Unternehmens, der betreuende Projektleiter, Art des Projektes, Fertigstellung, Honorarzone, anrechenbare Kosten, erbrachte Leistungsphasen, Bauherr/Auftraggeber mit Ansprechpartner, Adresse, Telefon, Telefax und E-Mail. Eine (kurze) Projektbeschreibung ist für die angegebene Referenz als Anlage zwingend beizufügen.

Die entsprechenden Eigenerklärungen sind in den von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Formular 7.1 bis 7.4-Referenz enthalten, die über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden können.

Soweit sich der Bieter/die Bietergemeinschaft auf die wirtschaftliche/finanzielle und/oder technische/berufliche Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmers beruft, sind die jeweiligen Bieterformulare für den Nachunternehmer auszufüllen. Beruft sich der Bieter/die Bietergemeinschaft auf die wirtschaftliche/finanzielle und/oder technische/berufliche Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmers, ist eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass er für das vorliegend geplante Projekt zur Verfügung des Bieters/der Bietergemeinschaft steht, beizufügen. Dazu ist das von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Formular 4.3 - Nachunternehmererklärung zu verwenden, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann. Auf § 47 VgV wird verwiesen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Es ist jeweils mindestens eine Referenz vorzulegen:

1) Mindestreferenz Objektplanung

Referenz über die Objektplanung für die Sanierung oder Erweiterung von Bildungseinrichtungen

- Objektplanung gem. § 34 HOAI
- erbrachte Leistungsphasen min. 2-8
- KG 300+400 min. 1 Mio. EUR netto

- min. Honorarzone III

2) Mindestreferenz Tragwerksplanung

Referenz über die Tragwerksplanung bei Neubau eines Gebäudes

- Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI
- erbrachte Leistungsphasen min. LP 2-6
- Fertigstellung oder Ende LP 6 ab 01.01.2015
- KG 300+400 min. 1 Mio. EUR netto

3) Mindestreferenz Technische Gebäudeausrüstung

Referenz über die TA-Planung für die Sanierung oder Erweiterung von Bildungseinrichtungen

- TA-Planung gem. § 55 HOAI
- erbrachte Leistungsphasen min. LP 2-3 und 5-8, Anlagengruppen 1-4
- Fertigstellung oder Ende LP 8 ab 01.01.2015
- KG 400 min. 400.000 EUR netto

4) Mindestreferenz Freianlagenplanung

Referenz über die Freianlagenplanung

- Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI
- erbrachte Leistungsphasen min. LP 2-8
- Fertigstellung oder Ende LP 8 ab 01.01.2015
- min. 2.000 m²

Anzugeben sind Name/Anschrift des Unternehmens, der betreuende Projektleiter, Art des Projektes, Fertigstellung, anrechenbare Kosten, Bauherr/Auftraggeber mit Ansprechpartner, Adresse, Telefon, Telefax und E-Mail. Eine (kurze) Projektbeschreibung ist für die angegebene Referenz als Anlage zwingend beizufügen.

Die entsprechenden Eigenerklärungen sind in den von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Formularen 7.1 bis 7.4 enthalten, die über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden können.

Soweit sich die Bieter/die Bietergemeinschaft auf die wirtschaftliche/finanzielle und/oder technische/berufliche Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmers beruft, ist eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass er für das vorliegend geplante Projekt zur Verfügung des Bieters/der Bietergemeinschaft steht, beizufügen. Dazu ist das von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Formular 4.3 - Nachunternehmererklärung zu verwenden, das über die in vorstehender Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden kann. Auf § 47 VgV wird verwiesen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

§ 75 VgV

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 23/10/2023 Ortszeit: 11:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die unter Ziff. II.2.5) genannten Zuschlagskriterien sind nebst allen Unterkriterien vollständig in den Vergabeunterlagen (Anlage B.4 - Zuschlagskriterien) dargestellt. Diese kann ebenfalls über die unter Ziff. I.3) genannte Internetadresse heruntergeladen werden.
Bekanntmachungs-ID: CXQ6YY7DGYK

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden oder mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

21/09/2023